

## **Aus dem Verwaltungsausschuss Sitzung vom 20. März 2018**

(Gemäß Entscheidung des Gemeinderates in der Sitzung am 22.03.2006 erfolgt die Berichterstattung aus Gemeinderatssitzungen erst nach der Genehmigung des Protokolls durch die Urkundspersonen.)

### **TOP 1 – Benennung der Urkundspersonen**

**Auf Vorschlag der Verwaltung benennt der Gemeinderat einstimmig und ohne Aussprache Herrn Gemeinderat Michael Molitor und Frau Gemeinderätin Ingrid Schulze zu Urkundspersonen für diese Sitzung.**

### **TOP 2 – Haushalt 2018**

**- Beratung des Vermögenshaushaltes**

**- Beratung des Verwaltungshaushaltes**

**- Beratung des Wirtschaftsplanes der Wasserversorgung**

**KAL Einsele** verweist auf die der Gemeinderatsvorlage mitgesandten Unterlagen. Diese hätten sich seit der vergangenen Woche noch einmal geändert. Dies sei vor allem den Besprechungsergebnissen der Schulbeiratssitzung geschuldet. Teilweise wurden zudem aktuelle Angebote in die Tabelle mit eingepflegt. Der Fassadenanstrich der Lindenschule könnte 2018 nicht durchgeführt werden und wurde deshalb seitens des Bauamtes auf 2019 verschoben. Die Mehreinnahmen aus Zuschüssen des FAG wurden ebenfalls berücksichtigt. Für die Erneuerung des Straßenbelages reiche der Ansatz nicht aus, weshalb dieser um 8.000 Euro erhöht wurde, so **KAL Einsele**. Für die Kanalbefahrungen seien Kosten von voraussichtlich 95.000 Euro veranschlagt.

Im Vermögenshaushalt werde die Neugestaltung der gemeindlichen Homepage mit ca. 6.600 Euro an Mehrkosten zu Buche schlagen. Auch für die Erneuerung des Parkplatzes an der katholischen Kirche sei mit Mehrkosten i.H.v. 9.000 Euro zu rechnen.

**GRätin Veits** möchte in Erfahrung bringen, weshalb die Neugestaltung der Homepage um so viel Geld teurer wird.

**BM Förster** antwortet, dass nicht nur die Homepage sondern auch viel Zusätzliches neu gestaltet werden soll. Dies werde dem Gemeinderat jedoch noch zu einem späteren Zeitpunkt konkret vorgelegt. Diesbezüglich sei für die kommende Woche ein Termin vereinbart. Für **BM Förster** sei es wichtig, eine einheitliche Gestaltung zu schaffen (Corporate Identity).

Weiter erkundigt sich **GRätin Veits** ob Herr Krastel die Homepage „pflegen“ wird und ob es sich bei den aufgeworfenen Kosten nur um die Kosten für die Erstellung handelt.

Dies wird durch **BM Förster** bestätigt. Die angefragte Firma habe auch die Homepage der Stadt Leimen gestaltet. Die Neuerungen sollen im Gemeinderat vorgestellt werden, sobald genauere Daten und Zahlen vorliegen.

Auch **GR Röser** hält die Neugestaltung der Homepage für sehr teuer, will jedoch die Änderungen und die Vorstellung im Räterund abwarten.

**GRätin Terboven** möchte in Erfahrung bringen, wie es mit der Einrichtung eines Friedwaldes aussieht.

Dies sei unter einem anderen Tagesordnungspunkt zu besprechen, so **BM Förster**. Er teilt weiter mit, dass in der gestrigen Schulbeiratssitzung vor allem zwei Themen besprochen wurden. Beide Schulen wollen künftig einen „Bufdi“ (Person, die einen Bundesfreiwilligendienst ableistet) beschäftigen. Dies würde für die Gemeinde Kosten i.H.v. 3.700 Euro/ Jahr verursachen. Seitens des Schulbeirates wurde empfohlen, die beiden gewünschten Stellen zu schaffen und entsprechende Mittel in den Haushalt einzustellen. Auch habe die Lindenschule ihr neues Konzept zur Möblierung der Schule vorgestellt. Die alten Möbel seien bereits 16 Jahre alt, teilt **BM Förster** mit. Außerdem seien die Möbel sehr schwer und kaum noch nutzbar. Für die Neumöblierung seien seitens der Lindenschule in den vergangenen Jahren rund 29.000 Euro angespart worden. Die neuen Möbel (für alle Klassenstufen) würden rund 41.000 Euro kosten. Seitens des Schulbeirates wird empfohlen, den Betrag evtl. über die kommenden Jahre über das Schulbudget zu finanzieren. Weiter führt **BM Förster** aus, dass es auch in diesem Jahr kaum Chancen auf die Gewährung eines Zuschusses durch das Land für die Neuanschaffung eines MTW für die Feuerwehr gibt. Sofern ein Zuschuss gewährt werden würde, würde dieser ca. 12.000 Euro betragen. Es sei zu überlegen, ob nicht auch ein Kauf ohne Zuschuss in Frage kommt, da der derzeitige MTW schon seit 2013 jährlich hohe Reparaturkosten verursache, die im Haushalt zu Buche schlagen.

Bzgl. des Friedwaldes erklärt **BAL Leyk**, dass mehrere Standorte in Frage kommen (nördlich der Trauerhalle oder parallel zum Hauptweg). Auch sei die Erweiterung des Urnenstelenfeldes notwendig.

**GR Kettemann** spricht sich für die Einrichtung eines Friedwaldes aus, da es auf dem Friedhof einige leere Grabfelder gibt.

Auch **GRätin Veits** ist bekannt, dass die Urnenstelen sehr gefragt sind und deshalb auch eine schnelle Belegung gegeben ist. Sie findet den freien Grünstreifen am Hauptweg sehr passend für die Einrichtung eines Friedwaldes. Dieser sei aber auch entsprechend schön anzulegen.

**GRätin Terboven** bedankt sich bei BM Förster, dass der Haushalt heute zum ersten Mal öffentlich beraten wird. Bzgl. des Friedwaldes sei sie immer davon ausgegangen, dass hierfür speziell ein Grundstück im Gemeindewald erworben wird. Sie möchte in Erfahrung bringen, ob dies möglich ist.

**BM Förster** erklärt, dass es heute lediglich um das generelle Interesse des Gemeinderates gehe.

Auch **GR Molitor** befürwortet die Idee eines Friedwaldes. Vom Wortlaut her sei dieser aber außerhalb des Friedhofes zu installieren (externes Gelände). Er erkundigt sich deshalb bzgl. der rechtlichen Möglichkeiten.

Dies sei noch genau zu prüfen, so **BM Förster**. Es sei ein geeigneter Standort zu finden.

Für **GR Baumeister** war absehbar, dass die Stelen großen Anklang in der Bevölkerung finden, weshalb des Urnenstelenfeld auch großzügig angelegt wurde. Er spricht sich für eine sukzessive Erweiterung aus. Die Idee eines Friedwaldes sehe einen solchen im Wald und nicht auf dem Friedhof vor. Auf dem Friedhof sei dies eher im Rahmen des anonymen Urnengrabfeldes gegeben. Evtl. könnte der Friedwald ge-

genüber dem „Brunnenfeld“ eingerichtet werden (Stelle, an der die Waldgottesdienste abgehalten werden).

**GR Röser** präferiert für den Standort des Friedwaldes dieselbe Alternative wie auch GRätin Veits.

**BM Förster** sichert zu, dass die Verwaltung in die Prüfung einsteigt.

Weiter führt **GR Röser** aus, dass seit geraumer Zeit von einem barrierefreien Nußloch die Rede sei, weshalb auf dem Friedhof auch ein Behindertenklo eingerichtet werden sollte. Weiter erkundigt er sich bzgl. des Haushaltsansatzes i.H.v. 250.000 Euro für Garagen im Gemeindegebiet.

Hier sei man noch nicht so weit, wie geplant, weshalb die Maßnahme in 2018 auch nicht umgesetzt werden wird, erklärt **BM Förster**. Die Angelegenheit sei jedoch in die Finanzplanung mit eingeflossen.

**GRätin Terboven** erkundigt sich, weshalb sich die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen kontinuierlich erhöht hat.

**BM Förster** bestätigt, dass der Haushaltsansatz in 2017 niedriger veranschlagt war, jedoch immer ca. 1 Mio. Euro betrug. Bisher sind Maßnahmen noch nicht zur Umsetzung gekommen. Das Bauamt sei nun aber aufgrund der personellen Ausstattung in der Lage, die Maßnahme durchzuführen.

**Ohne weitere Aussprache fasst der Verwaltungsausschuss folgenden einstimmigen Beschluss:**

**Der Verwaltungsausschuss verweist den Haushaltsentwurf 2018 zur Beschlussfassung in den Gemeinderat.**

### TOP 3 – Beratung der Anträge aus der Mitte des Gemeinderates

#### TOP 3.1 – Antrag CDU

- Kompletterneuerung der Lautsprecheranlage auf dem Friedhof

- Sanierung der Schillerschule

- Ergänzung/ Ausbau der Stromversorgung zur Durchführung von Veranstaltungen auf und rund um den Lindenplatz

- Verschattungsanlage Olympiahalle (Halle 2)

- Überarbeitung Spielplatzkonzept

#### TOP 3.1.1 - Kompletterneuerung der Lautsprecheranlage auf dem Friedhof

**GR Röser** führt aus, dass die Elektrik auf dem Friedhof nicht mehr auf dem neuesten Stand der Technik sei. Dieses Thema sei nicht nur ein Anliegen der CDU-Fraktion sondern fraktionsübergreifend. Es sei regelmäßig der Fall, dass die Trauerredner über die Lautsprecheranlagen im Außenbereich nicht verstanden werden. Allein der Anlass einer Beerdigung gebiete es schon, dass diese nicht durch die Technik gestört oder verhindert wird.

Hier sei das Bauamt gut vorbereitet, teilt **BAL Leyk** mit. Es gebe bereits aktuelle Angebote, sodass man schnell handlungsfähig sei.

**GRätin Veits** führt aus, dass auch die Fraktion Bündnis'90/ Die Grünen bereits einen solchen Haushaltsantrag gestellt habe. In der Vergangenheit sei jeder und alles schuld an den Störungen gewesen, nur nie die Technik bzw. die Lautsprecheranlage. Sie hofft, dass die Beerdigungen künftig in einem würdigen Rahmen stattfinden können. Sie befürwortet es, dass man nun endlich bei diesem Thema vorankomme.

Auch für **GR Baumeister** ist klar, dass hier etwas passieren muss, trotzdem komme es auch regelmäßig zu Bedienungsfehlern. Er sei jedoch irritiert darüber, dass für die Maßnahme 15.000 Euro veranschlagt sind (ihm ist das Angebot nicht bekannt). Dieser Betrag komme ihm sehr hoch vor. Er befürchtet, dass es trotz Erneuerung auch künftig noch an der Bedienung hapern wird.

**BM Förster** sichert zu, dass dem Gemeinderat die konkreten Angebote vorgelegt werden. Heute gehe es lediglich um den Haushaltsansatz.

**BAL Leyk** ergänzt, dass verschiedene Varianten zur Auswahl stehen. Auch die gesamte Verkabelung sei zu erneuern. Trotzdem sei es korrekt, dass es immer wieder zu Bedienfehlern in der Vergangenheit kam. Künftig sind die Mikrophone evtl. auch separat ansteuerbar, bisher war nur ein Ein- und Ausschalten der Mikrophone möglich. **BAL Leyk** sei bewusst, dass 15.000 Euro ein hoher Betrag sei, jedoch verursahe die Erneuerung der Elektrik alleine schon Kosten von rund 3.000 Euro.

**GR Baumeister** befürchtet, dass je mehr Technik vorhanden ist, diese auch desto schwerer für Laien zu bedienen ist.

Die Anlage dürfe nicht durch jeden bedient werden, so **BM Förster**, sondern nur von den Mitarbeitern des Beerdigungsinstitutes Trotter.

Dies wird auch durch **BAL Leyk** bestätigt. Der Technikraum sei künftig auch nicht mehr frei zugänglich, sondern werde verschlossen.

Für **GRätin Veits** ist es wichtig, die Anlage und Bedienung so einfach wie möglich zu halten.

**Der Verwaltungsausschuss fasst ohne weitere Aussprache folgenden einstimmigen Beschluss:**

**Der Kompletterneuerung der Lautsprecheranlage auf dem Friedhof und der Einstellung der erforderlichen Mittel in den Haushalt wird zugestimmt.**

### **TOP 3.1.2 - Sanierung Schillerschule**

**GR Kettemann** führt aus, dass es im Zusammenhang mit der Schillerschule mehrere Gespräche gab. Hierbei seien auch Anregungen zur Sanierung der Schule geäußert worden. Die Sanierung solle im Dialog mit der Schulleitung erfolgen. Seitens der CDU-Fraktion sei gewünscht, dass die Verwaltung ein Sanierungskonzept erarbeitet, dass ab den Sommerferien 2019 umgesetzt wird.

**BM Förster** stellt klar, dass es diesbzgl. schon häufig Kontakt mit den Rektoren gegeben hat. Zuschüsse zur Sanierung können bis Ende 2018 beantragt werden.

Auch **BAL Leyk** bestätigt, dass es bereits Kontakt zur Schulleitung und mehrere Vor-Ort-Termine gegeben hat. Vor allem sei die Sanierung der Heizungsanlage wichtig. Die beauftragte Firma Schulz sei insolvent, weshalb sie den Betrieb eingestellt hat. Auch die Barrierefreiheit sei bei der Sanierung der Schule ein Thema. Evtl. solle deshalb ein Aufzug eingebaut werden. Jedoch sei zu beachten, dass der Altbau der Schule unter Denkmalschutz steht, so **BAL Leyk** weiter. Auch ein Fluchtwegekon-

zept müsse erstellt werden. Es sei seitens des Bauamtes vorgesehen, die Maßnahme im Jahr 2018 zu planen und frühestens ab 2019 umzusetzen.

**BM Förster** erinnert daran, dass es nur um ein Sanierungskonzept, nicht jedoch ein Konzept für die Schule selbst, geht. Evtl. könne für die Sanierung ein Ausschuss gebildet werden, in dem auch die Rektoren und Elternvertreter mitwirken können.

**GRätin Veits** teilt mit, dass die Sanierung der Schule schon längere Zeit Thema war, auch in Zusammenhang mit der möglichen Schulzusammenlegung. Deshalb fanden bereits mehrere Vor-Ort-Termine statt. Für sie stehe es außer Frage, dass die Sanierung notwendig ist.

Auch **GRätin Freifrau von Bettendorff** hält die Sanierung für dringend notwendig. Sie möchte allerdings in Erfahrung bringen, weshalb in einigen Räumen Teppich verlegt werden soll. Sie schlägt hier eher einen PVC-Boden oder ein ähnliches Material vor.

**BM Förster** korrigiert, dass künftig kein Teppichboden mehr in den Räumlichkeiten vorhanden sein soll.

Auch für **BAL Leyk** ist eine moderne(re) Gestaltung der Schule wichtig.

Weiter erklärt **GRätin Freifrau von Bettendorff**, dass die Lindenschule bereits komplett barrierefrei ist. Sie stellt es in Frage, ob es sich überhaupt lohnt, wenn dies auch bei der Schillerschule entsprechend eingerichtet wird.

**GR Molitor** stellt klar, dass es heute nur um den Grundsatz und nicht die Details gehe. Er befürwortet den Antrag der CDU-Fraktion. Hier solle kein Stückwerk geschaffen werden, sondern eine Komplettsanierung erfolgen. Die SPD-Fraktion halte weiterhin an beiden Schulstandorten fest. Deshalb sei es bspw. auch wichtig, dass in einer Schule das Mobiliar erneuert wird. Auch müssen die Schulen auf den aktuellen Stand der Technik (z.B. bzgl. WLAN) gebracht oder mit Schließkonzepten u.Ä. versehen werden.

**GR Baumeister** spricht ein Lob dafür aus, dass die CDU-Fraktion die Thematik nochmals aufgegriffen hat. Hier liege einiges im Argen. Auch er möchte nach wie vor beide Schulstandorte behalten.

**GRätin Terboven** erkundigt sich, ob auch eine bessere Beleuchtung des Schulhofes notwendig ist.

**BAL Leyk** antwortet, dass dort drei Straßenleuchten sowie weitere Lampen mit Bewegungsmelder vorhanden sind. Diese sollen Vandalen vertreiben und den Schulhof für den Abendbetrieb heller und sicherer machen.

**GRätin Stegmaier** teilt mit, dass die Feuerwehrkappelle am letzten Wochenende ein Probenwochenende durchgeführt hat und es erschreckend gewesen sei, was in der Zeit auf dem Schulhof passiert sei. Wäre dort eine ordentliche Beleuchtung vorhanden, würde man auch sehen, wer einem gegenüber steht.

Für **GRätin Terboven** ist das Beleuchtungskonzept des Schulhofes aus der Vorlage heraus nicht erkennbar.

**Der Verwaltungsausschuss fasst ohne weitere Aussprache folgenden einstimmigen Beschluss:**

Der Sanierung der Schillerschule sowie der Erarbeitung eines Sanierungskonzeptes wird zugestimmt. Die erforderlichen Mittel werden in den Haushalt eingestellt.

### TOP 3.1.3 - Ergänzung/ Ausbau der Stromversorgung zur Durchführung von Veranstaltungen auf und rund um den Lindenplatz

**GR Schuster** verweist auf die Sitzungsvorlage, die selbsterklärend sei. Jedes Jahr gebe es auf dem Lindenplatz Probleme mit der Stromversorgung auf dem Lindenplatz, da die Strompoller auf dem Lindenplatz nicht ausreichen. So müssten für Feiern und Veranstaltungen regelmäßig bis zu sechs Baustellenverteilerkästen zusätzlich aufgestellt werden, die wiederum auf die Nutzer „unterzuverteilen“ sind. Je Zähler entstehen Kosten durch die EnBW von rund 600 Euro.

Die Sachlage ist **BM Förster** bekannt. Hier sollen für die Nutzer nicht noch mehr Kosten verursacht werden. Künftig sei auch das Rathaus nutzbar.

**GRätin Schulze** schließt sich den Aussagen von GR Schuster ebenfalls an. Die Installation dieser Verteilerkästen habe die Kosten für die Nutzer immer weiter verteuert. Bei einem Ausbau der Stromversorgung handle es sich um eine Investition in die Zukunft. Auch sie würde hier eine komfortablere Lösung begrüßen.

**GRätin Terboven** erkundigt sich bzgl. der Kosten.

Hier warte man noch auf Rückmeldung durch die EnBW, so **BM Förster**.

**BAL Leyk** geht von Kosten i.H.v. 3.000 Euro bis 5.000 Euro aus.

Auch für **GR Molitor** sind die gemeindlichen Feste wichtig, auch in Bezug auf die Attraktivität der Gemeinde. Die SPD-Fraktion werde sich jedoch bei der Abstimmung enthalten, da keine konkreten Kosten vorgelegt werden konnten.

**GR Baumeister** verweist auf einen ähnlich lautenden Antrag der FDP/BfN-Fraktion. Der Ausbau der Stromversorgung würde eine Bereicherung und Vereinfachung darstellen. Er bittet jedoch einen Mittelweg zu finden, sodass die Straße nicht extra aufgedigert werden muss.

**Der Verwaltungsausschuss fasst ohne weitere Aussprache bei 11 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen (Molitor, Stippich) folgenden Beschluss:**

**Der Ergänzung bzw. dem Ausbau der Stromversorgung zur Durchführung von Veranstaltungen auf und rund um den Lindenplatz wird zugestimmt und die erforderlichen Mittel in den Haushalt eingestellt.**

### TOP 3.1.4 - Verschattungsanlage Olympiahalle (Halle 2)

Nach Auffassung von **GR Leypold** ist es sehr schwer bzw. nahezu unmöglich in der Halle 2 der Olympiahalle zu trainieren. So hatte es bspw. im Juli 2017 38°C Innentemperatur. Die Verwaltung habe hier vorgearbeitet und schlage eine Querlüftung der Halle vor. Am 13.02.2018 habe es einen Brief einer Mutter an die Schule sowie die Gemeinde gegeben. Die Sportgeräte wurden im vergangenen Jahr nicht gewartet. Diesbzgl. seien bereits **BAL Leyk** sowie eine Vertreterin der SG vor Ort gewesen. Die nicht vollzogene Wartung betreffe v.a. die Nieder- und Hochsprungmatten.

**BAL Leyk** erklärt, dass es schon seit Jahren einen Wartungsvertrag mit der Firma „Kübler Sport“ gibt. Die letzte Wartung habe im Dezember 2017 stattgefunden. Einige Teile seien zu ersetzen, jedoch seien keine sicherheitsrelevanten Bauteile mangelhaft. Somit sei eine regelmäßige Wartung gegeben. Ihm sei auch bewusst, dass die Luftqualität in der Halle 2 nicht gut ist, weshalb eher zu einem Luftaustausch als zu einer Verschattung geraten wird. Dies sei ursprünglich auch für den Neubau vorgesehen gewesen, wurde aber nie umgesetzt.

**BM Förster** ergänzt, dass die Halle aktuell nur über die Tür gelüftet werden könne. In der heutigen Vorlage seien noch keine Kosten enthalten, weil nicht klar war, was seitens des Gemeinderates gewünscht wird.

Für **GRätin Veits** seien vor allem im Judo- und im Ballettraum große Probleme bzgl. der Hitze und der Luftqualität vorhanden. Sie spreche sich nicht gegen eine Verschattung aus, jedoch sollen vorrangig erst alle noch offen stehenden Arbeiten in Bezug auf die Olympiahalle ausgeführt werden (z.B. Attikasanierung, Apfelbäumchen etc.).

**BM Förster** merkt an, dass auch das durch die CDU-Fraktion angesprochene Problem seit Jahren bekannt sei. Die noch bestehenden Mängel an und in der Olympiahalle seien klar, derzeit befinde man sich mit Herrn Kühlmann im Gespräch, um diese zu beseitigen. Allerdings gebe es auch immer noch Streitigkeiten mit einigen Firmen. Für **GRätin Veits** ist es wichtig, die Reihenfolge der Arbeiten einzuhalten.

**BAL Leyk** informiert die Anwesenden, dass zusätzlich weitere Sachverständige eingeschaltet wurden, jedoch auch im Altbestand noch einiges offen sei.

**GRätin Terboven** stimmt der Maßnahme zu.

Auch für **GRätin Stippich** ist klar, dass hier Handlungsbedarf besteht. Allerdings könne sie nicht zustimmen, da keine Kosten aufgezeigt wurden.

**BM Förster** erklärt, dass erst Kosten und Angebote vorgelegt werden können, wenn die Maßnahme in den Haushalt eingestellt wurde.

**GR Baumeister** bestätigt die Aussage von GR Leypold. Er könne nicht verstehen, weshalb der Maßnahme durch den Gemeinderat aufgrund eines Minderpreises von 9.000 Euro nicht zugestimmt wurde.

**BM Förster** geht nicht davon aus, dass es am Räterund lag.

Es verursache jetzt deutlich mehr an Kosten, hier nachzurüsten, so **GR Baumeister**. Dies auch im Hinblick auf die Elektronik. Z.B. gebe es auch Lüftungssysteme mit Wärmetauscher. Diese werden teilweise auch durch private Haushalte genutzt.

**Der Verwaltungsausschuss fasst ohne weitere Aussprache bei 11 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen (Molitor, Stippich) folgenden Beschluss:**

**Der Verschattung sowie dem Einbau einer Lüftungsanlage in der Halle 2 der Olympiahalle wird zugestimmt und Maßnahme in den Haushalt mit aufgenommen.**

### **TOP 3.1.5 - Überarbeitung Spielplatzkonzept**

**GR Röser** teilt mit, dass dieses Thema eigentlich ein Thema der SPD-Fraktion sei. Nach seiner Auffassung seien viele Spielplätze in der Gemeinde uninspiriert und lieb-

los. Er spricht sich dafür aus, bei den Spielgeräten lieber mehr Holz als Aluminium zu wählen und dafür aber verschiedene Varianten von Spielgeräten auszuwählen. Auch sei denkbar einen Matschspielplatz als neues Element mit in das Spielplatzkonzept einfließen zu lassen oder evtl. auch einen Seniorenspielplatz im Park. Außerdem spricht sich **GR Röser** dafür aus, einen Vorzeigespielplatz zu schaffen, wie ehemals den Spielplatz bei den Kleintierzüchtern.

Diesem Antrag schließt sich **BM Förster** gerne an. Der Wunsch der Eltern, einen Matschspielplatz einzurichten, bestehe nicht mehr so stark, da die Kinder dort oftmals sehr schmutzig werden. Hierfür sei auch ein Ort zu klären, an dem diese Art von Spielplatz umgesetzt werden kann.

**GRätin Veits** spricht sich dafür aus, die Spielplätze insgesamt in Augenschein zu nehmen. Evtl. können vorhandene Geräte auch überarbeitet werden, da die Neuanschaffung sehr teuer sei. Sie würde es befürworten ein bis zwei Spielplätze pro Jahr „in Angriff“ zu nehmen. Jedoch solle dies erst dann geschehen, wenn auch ein Jugendspielplatz eingerichtet wurde. Genauso müsse auch ein Ersatz für den Basketballplatz im Gewerbegebiet geschaffen werden, erinnert **GRätin Veits**. Vielleicht sei es auch nützlich, die Altersgrenzen zu überdenken, sodass ein fließender Übergang geschaffen wird.

Für **BM Förster** ist es wichtig, dass im Spielplatzkonzept alle Altersgruppen enthalten sind. Im Gewerbegebiet falle nur ein Basketballkorb weg und für den Jugendspielplatz fehle noch der geeignete Standort. Generell sei keine Altersbegrenzung auf einem Spielplatz möglich, jedoch könne eine Altersempfehlung/ -eignung ausgesprochen werden.

**GRätin Terboven** teilt mit, dass für den Spielplatz hinter dem alten Schulhaus in Maisbach eine Altersangabe fehlt. Generell stimme sie dem Antrag jedoch zu. Sie möchte in Erfahrung bringen, was es mit einem Seniorenspielplatz auf sich hat.

**BAL Leyk** antwortet, dass es sich dabei um Outdoorsportgeräte handelt, ähnlich wie in einem Fitnessstudio.

Seniorenspielplätze seien ähnlich den „alla-hopp“-Anlagen, so **BM Förster**.

**GR Molitor** ist erfreut über den Antrag der CDU-Fraktion. 2013 habe die SPD alle Spielplätze in Augenschein genommen und daraufhin ein Spielplatzkonzept erstellt. Zusätzlich wurde auch eine Patenschaft für den Spielplatz am Konrad-Adenauer-Ring übernommen. Hätte man seit dem Jahr 2013 ein bis zwei Spielplätze „bearbeitet“ wäre die Angelegenheit bereits erledigt. Bzgl. des Jugendspielplatzes spricht sich **GR Molitor** dafür aus, hierfür die Grundsätze festzulegen wie auch, ob die Jugendlichen beteiligt werden sollen.

**GR Baumeister** stimmt der Aussage von GR Röser, dass die Spielgeräte uninspiriert sind, zu. Auch sei bei vielen Geräten nicht klar, was man damit anstellen könne. Ihm sei bewusst, dass die Spielgeräte nicht ewig nutzbar sind. Für ihn sei es trotzdem ein No-Go, auf Holzspielgeräte gänzlich zu verzichten. Für **GR Baumeister** liege das Augenmerk hauptsächlich darauf, dass die Kinder mit Kreativität spielen und auch klar ersichtlich ist, zu was bzw. wie die Spielgeräte genutzt werden können. An einigen Spielplätzen bestehe deshalb großer Nachholbedarf. **GR Baumeister** ist offen für Neues. Auch die Einrichtung des Jugendspielplatzes sei sehr wichtig, die Eckpunkte sollen festgesetzt werden. Er schlägt diesbzgl. vor, auch das Gespräch mit dem Jugendzentrum zu suchen, um weitere Inhalte zu sammeln.



**GRätin Veits** möchte in Erfahrung bringen, ob der „Rote Platz“ der Schillerschule wieder zu einem Spielplatz, der für alle offen ist, umgebaut wird.

**BAL Leyk** führt aus, dass man hier in einem engen Austausch zwischen Schillerschule und Apfelbäumchen stehe. Es müssten Spielgeräte und eine Rutsche integriert werden. Es sei angedacht, den Platz Ende April/ Anfang Mai fertigzustellen. Der Platz solle wieder abschließbar sein, trotzdem ist es denkbar, dass er für alle nutzbar gemacht wird.

**GR Molitor** weist darauf hin, dass er in der Vergangenheit den Wunsch geäußert habe, dass die marode Skateranlage am Mulchplatz entfernt wird, da hier Unfallgefahr herrscht. Sofern die Anlage entfernt wurde könnte man die vorhandenen Basketballkörbe drehen und diese so wieder nutzbar machen.

**Der Verwaltungsausschuss fasst ohne weitere Aussprache folgenden einstimmigen Beschluss:**

**Das Spielplatzkonzept wird überarbeitet und die Maßnahme mit in den Haushalt aufgenommen.**

**TOP 3.2 – Antrag Bündnis'90/ Die Grünen**  
**- E-Mobilität (E-Bike, E-Fahrzeug "Müll", Ladestation Parkgarage (KWG), PV-Anlagen)**

**GRätin Veits** führt aus, dass einige Gemeinden im Umkreis ihren Fuhrpark auf E-Mobilität umstellen. Dies könnte nach und nach auch mit dem Fuhrpark der Gemeinde Nußloch geschehen. Zusätzlich sollten im Ort zwei Ladestationen angeboten werden (Rathaus, Parkgarage). Evtl. könnte für die Verwaltung auch ein E-Roller (kein E-Bike) angeschafft werden. Diese seien schneller und praktischer als E-Bikes. Auch würde sie es sehr begrüßen, ein kleines E-Müllauto anzuschaffen.

**BM Förster** erläutert, dass bzgl. der Anschaffung eines E-Bikes bereits mit den Mitarbeitern gesprochen wurde. Solche Bikes werden auch durch die Deutsche Post genutzt. Für die Anschaffung eines E-Bikes entstehen Kosten von rund 4.000 Euro. Aktuell hält er die Anschaffung eines E-Fahrzeugs für die Verwaltung für eher nicht so passend. Man könnte jedoch darüber nachdenken E-Fahrzeuge anzuschaffen, sofern ein anderes Fahrzeug defekt ist. Hierfür würden Kosten zwischen 45.000 Euro und 50.000 Euro anfallen. Ein „Benziner“ würde in der Anschaffung nur 20.000 Euro kosten, was einen großen Unterschied darstelle, so **BM Förster**. Für ein E-Fahrzeug für die Müllentsorgung kann sich **BM Förster** ebenfalls aussprechen. Allerdings gebe es hinsichtlich der Ladestationen für E-Bikes einen nicht so großen Bedarf wie vermutet. Trotzdem sei die Einrichtung einer solchen Ladestation auf dem obersten Parkdeck der Parkgarage denkbar. Entweder könnte dort eine Steckdose oder eine Ladesäule installiert werden. Als Lösungsvorschlag könne man hier die Ladung mit dem Kauf eines Tagestickets (Kosten 5€) verbinden. Ob auch am Rathaus eine Lademöglichkeit zur Verfügung gestellt wird, sei noch genauer zu erörtern.

**GR Kettmann** befürwortet den Antrag der Fraktion Bündnis'90/ Die Grünen und stimmt diesem zu. Es gebe verschiedene Arten von E-Bikes. Man solle bei der Beschaffung auch die örtlichen Händler mit berücksichtigen. Bei der Stadt Heidelberg werde die Anschaffung von den Stadtwerken unterstützt. So wäre es denkbar, Sponsoren zu generieren. Ein E-Müllfahrzeug könne man evtl. leasen, da diese si-

cherlich noch nicht so ausgereift sind. Bzgl. der Aufladung hält er die Zurverfügungstellung einer Ladestation für die einfachste Variante. Das Thema „Leasing“ sei bei einem möglichen Händler bereits angesprochen worden, so **BM Förster**. Ein Angebot werde vorgelegt.

Auch **GR Dr. Neuweiler** hält den Antrag für einen guten Vorschlag. Bzgl. des E-Bikes seien die verschiedenen Varianten zu prüfen, da sog. Workbikes sehr massiv seien. Auch die Anschaffung eines E-Müllfahrzeuges wird durch **GR Dr. Neuweiler** befürwortet. Hiermit setze man ein Zeichen für die Elektromobilität. Allerdings wäre es besser, das Fahrzeug zu leasen. Abschließend spricht sich **GR Dr. Neuweiler** für die Installation von Ladestationen aus.

**GR Molitor** stimmt dem Antrag der Fraktion Bündnis'90/ Die Grünen ebenfalls zu, v.a. der Zurverfügungstellung von E-Stationen. Deren Einrichtung würde allerdings große Kosten verursachen. Eine Aufladung entspreche rd. 30.000 kWh. Deshalb daure es, bis hier der Gegenwert in Strom verbraucht sei. Evtl. könnten die Bürger die Stationen bezuschussen. Auch die Installation von zwei Steckdosen sei mit großem Aufwand verbunden und rechne sich in den Augen von **GR Molitor** nicht. Vor einigen Jahren sei man im Leuchtpark der EnBW vor Ort gewesen. Dort habe es auch E-Bikes gegeben. Bzgl. des Kaufs bei einem örtlichen Händler sei nicht klar, ob dieser solch ein Bike auch liefern könne. Er bittet jedoch um Prüfung. **GR Molitor** spricht sich allerdings für die Anschaffung eines E-Müllfahrzeuges aus. Jedoch sei es schon ein großer Sprung von 20.000 Euro auf 55.000 Euro. Ihm sei nicht klar, ob sich hier ein Leasing rechne. Der Gemeinderat müsse mit seinen ganzen Wünschen aufpassen, man dürfe das Geld nicht nur ausgeben sondern müsse dieses auch sparen („hohe Kante“). Abschließend stimmt **GR Molitor** der Zurverfügungstellung einer Ladestation sowie der Anschaffung eines E-Bikes zu, jedoch nicht der Anschaffung eines E-Fahrzeuges. Hier sei für ihn die Grenze gesetzt.

**GRätin Terboven** bittet um eine Bedarfsermittlung, wie viele Personen im Ort überhaupt solch eine Ladestation benötigen.

**BM Förster** antwortet, dass es im Sommer 2017 in Nußloch neun E-Fahrzeuge gab.

**GR Baumeister** stellt klar, dass es auch um das generelle E-Netz im Bundesgebiet gehe und nicht nur um die Gemeinde Nußloch selbst.

**BM Förster** merkt an, dass man hier eine Infrastruktur schaffen müsse.

**GR Kazmaier** regt an, sich beim Land bzgl. eines Zuschusses zu erkundigen. Auch das PZN habe eine „E-Flotte“.

**GR Baumeister** bittet um getrennte Abstimmung bzgl. Ladestation, E-Bike und E-Fahrzeug.

**GR Schuster** ist nicht bekannt, was ein E-Fahrzeug kostet. Er sei nicht bereit, hierfür den dreifachen Preis eines „normalen“ Fahrzeuges zu investieren.

**BM Förster** erklärt, dass v.a. die Batterien sehr teuer seien. Diese müssen alle fünf bis sechs Jahre getauscht werden (Kosten i.H.v. ca. 10.000 Euro).

Sofern ein preislich passendes Angebot vorgelegt wird, werde **GR Schuster** zustimmen.

**GR Baumeister** führt aus, dass es sich bei einem E-Müllfahrzeug eher um ein „Nischenfahrzeug“ handelt, weshalb dieses auch nicht erschwinglich sei. Ggf. müsse man noch zwei bis drei Jahre abwarten.

**BM Förster** schlägt vor, dass künftig bei der Fahrzeugbeschaffung auch Angebote für E-Fahrzeuge mit vorgelegt werden sollen.

**GRätin Veits** stellt klar, dass sich der Antrag nicht explizit auf ein Müllfahrzeug bezogen habe. Es gehe vorerst um den Haushaltsansatz, sodass kein außerplanmäßiger Beschluss gefasst werden muss.

**GRätin Terboven** möchte in Erfahrung bringen, ob der Beschlussvorschlag so formuliert werden kann, dass das Fahrzeug geleast werden soll. Dies sei nur ein Vorschlag gewesen, so **BM Förster**.

**GR Anweiler** kann sich nicht vorstellen, dass ein Leasinggeber das Leasingfahrzeug wieder zurücknimmt.

**Der Verwaltungsausschuss fasst ohne weitere Aussprache folgenden einstimmigen Beschluss:**

**Der Verwaltungsausschuss stimmt der Anschaffung eines E-Bikes für die Verwaltung zu. Die Maßnahme wird in den Haushalt mit aufgenommen.**

**Weiter fasst der Verwaltungsausschuss bei 8 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen (Anweiler, Baumeister, Freifrau von Bettendorff, Leybold) und 1 Enthaltung (Schulze) folgenden Beschluss:**

**Der Verwaltungsausschuss stimmt der Anschaffung eines E-Müllfahrzeuges zu. Die Maßnahme wird in den Haushalt mit aufgenommen.**

**Abschließend fasst der Verwaltungsausschuss folgenden einstimmigen Beschluss:**

**In der Gemeinde werden Ladestationen für E-Fahrzeuge eingerichtet. Die Maßnahme wird in den Haushalt eingestellt.**

### **TOP 3.3 – Anträge FWV**

**- Geschirrspülmaschine für das "Brunnenfeld"**

**- Schulwegeplan**

**- Regelmäßige Wartung der Uhr auf dem Schulhaus Maisbach**

#### **TOP 3.3.1 - Geschirrspülmaschine für das „Brunnenfeld“**

**GRätin Terboven** führt aus, dass das „Brunnenfeld“ regelmäßig gut ausgebucht ist und das Geschirr jedoch nicht durch die Nutzer gründlich genug gereinigt wird. Deshalb solle eine Spülmaschine angeschafft werden. Frau Waldi habe allerdings Bedenken aufgrund des Frosts im Winter. Jedoch könne man die Spülmaschine auch entleeren, sodass die Winterzeit technisch kein Problem darstelle. Entgegen der Sitzungsvorlage gebe es auch noch günstigere Alternativen.

**BM Förster** antwortet, dass ein Angebot zur Beschaffung bei der Firma Winterholder angefordert wurde, da diese auch andere Liegenschaften beliefert hat. Jedoch sei auch die Beschaffung durch eine andere Firma denkbar.

**GR Schuster** teilt mit, dass der MSC in seinem Clubhaus eine Miele-Spülmaschine hat, die ca. 20 Minuten für einen Spülgang benötigt (aber Vorspülen notwendig). Oft ist bei Spülmaschinen die Dosieranlage ein Problem, weshalb der MSC auf eine Pulverlösung umgestiegen ist.

Auch **GRätin Veits** hätte nichts gegen die Beschaffung einer Spülmaschine. Dies würde für die Nutzer des Brunnenfelds eine Erleichterung darstellen. Evtl. könnte es bei den Nutzern jedoch zu Bedienerproblemen kommen, sodass eine gute Einweisung notwendig ist. Ansonsten würde die Spülmaschine sicherlich schnell kaputt gehen. Das in der Vorlage genannte Modell sei sehr teuer, die durch GR Schuster genannte Alternative wird durch sie befürwortet.

**GR Molitor** teilt ebenfalls mit, dass die SPD-Fraktion dem Antrag zustimmen wird.

Dieser Aussage schließt sich auch **GR Baumeister** an.

**Sodann fasst der Verwaltungsausschuss ohne weitere Aussprache folgenden einstimmigen Beschluss:**

**Der Verwaltungsausschuss stimmt der Anschaffung einer Spülmaschine für das „Brunnenfeld“ grundsätzlich zu. Die Maßnahme wird in den Haushalt eingestellt.**

### **TOP 3.3.2 - Schulwegeplan**

**GRätin Terboven** bittet um Ergänzung des Schulwegeplans um das Neubaugebiet „Beim Seidenweg“.

**BM Förster** antwortet, dass die Thematik in der Vorlage etwas ausgeweitet wurde, da noch weitere Bereiche mit einzubeziehen sind. Der neue Schulwegeplan solle dem Landratsamt vorgelegt werden.

**GR Kettemann** stimmt dem Antrag zu. Die Aufnahme des „Seidenwegs“ sei auch bzgl. der Straßenquerung an der katholischen Kirche wichtig. Er bittet diesbzgl. auch nochmals um eine Verkehrszählung, um dort ggf. einen Zebrastreifen oder sogar eine Ampelanlage installieren zu können.

**Der Verwaltungsausschuss fasst ohne weitere Aussprache folgenden einstimmigen Beschluss:**

**Der Änderung und Anpassung des Schulwegeplans wird zugestimmt und die Maßnahme in den Haushalt mit eingestellt.**

### **TOP 3.3.3 - Regelmäßige Wartung der Uhr auf dem Schulhaus Maisbach**

**GRätin Terboven** teilt mit, dass die Uhr auf dem Schulhaus Maisbach regelmäßig nicht funktioniert und sie durch die Bevölkerung darauf bereits vielfach hingewiesen wurde. Auch über die Rathaus-Rundschau wurde versucht in Erfahrung zu bringen,

welche Wünsche seitens der Bürgerschaft für den kommenden Haushalt bestehen. Dabei wurde auch die Schuluhr genannt.

**BAL Leyk** antwortet, dass aktuell im Rahmen des Wartungsvertrages wieder eine Reparatur anstehe, die auch schon beauftragt wurde.

**Der Verwaltungsausschuss nimmt Kenntnis.**

## TOP 5 – Beratung von Anliegen der Verwaltung

### TOP 5.1 – Feuerwehr

#### - Erwerb einer Waschmaschine für Atemschutzmasken und Schutzanzüge

**BM Förster** verweist auf die heutige Sitzungsvorlage. Bisher werden die Masken und Anzüge händisch im Keller gereinigt. Entweder könne für die Reinigung eine Waschmaschine angeschafft werden oder die Reinigung über die Firma Massong erfolgen. Für **BM Förster** mache jedoch die Anschaffung einer eigenen Waschmaschine mehr Sinn.

Man müsse aufpassen, wofür man sein Geld ausgibt, so **GR Kettemann**. Hier sei es jedoch notwendig.

Auch **GRätin Veits** stimmt der Vorlage zu.

**GR Dr. Neuweiler** möchte in Erfahrung bringen, wie die Reinigung bei anderen Feuerwehren gehandhabt wird und ob ggf. eine Kooperation möglich ist.

**BM Förster** antwortet, dass man bereits mit Leimen diesbzgl. in Kontakt gewesen sei, allerdings auch der Fahrtweg etc. mit bedacht werden müsse.

**GRätin Stippich** sagt aus, dass auch die SPD-Fraktion zustimmen wird.

**GR Baumeister** erkundigt sich, ob auch eine Zusammenarbeit mit Sandhausen denkbar ist.

Auch hier könnte man ggf. kooperieren, erklärt **BM Förster**. Man solle zu einer geeigneten und evtl. auch gemeinsamen Lösung kommen.

Für **GR Baumeister** ist die Anschaffung einer Waschmaschine rentabel, aber trotzdem solle eine mögliche „Partnerschaft“ mit anderen Feuerwehren überprüft werden.

**Der Verwaltungsausschuss fasst folgenden einstimmigen Beschluss:**

**Der Verwaltungsausschuss stimmt der Anschaffung einer Waschmaschine für Atemschutzmasken und Schutzanzüge für die Feuerwehr zu. Die Maßnahme wird in den Haushalt eingestellt. Eine mögliche diesbzgl. Kooperation mit anderen Feuerwehren ist zu prüfen.**

### TOP 5.2 – Bauhof/Gärtnerei - Fahrzeugkonzept

#### - Ersatzbeschaffung eines Shibauro Minitraktors

**BAL Leyk** führt aus, dass im Jahr 2016 ein Traktor der Marke „New Holland“ angeschafft wurde, dafür wurden jedoch zwei Traktoren des Bauhofs in Zahlung gegeben. Dieser „Missstand“ wurde bisher nicht aufgerüstet. Der Bauhof solle nun wieder so ausgestattet werden, dass zwei Kompaktschlepper vorhanden sind. Dies würde so-

wohl eine Zeit- als auch Kostenersparnis darstellen. Der zusätzliche Minitraktor wäre ganzjährig einsetzbar. Es solle ein einfaches und robustes Modell beschafft werden.

**GR Kettemann** stimmt der Sitzungsvorlage zu. Man solle das Fahrzeugkonzept auch weiterhin verfolgen.

**BAL Leyk** antwortet, dass man aktuell dabei sei, das Fahrzeugkonzept auszuarbeiten.

Auch **GRätin Veits** stimmt zu, da sie den Bedarf als gegeben ansieht.

**GRätin Terboven** spricht ebenfalls ihre Zustimmung aus.

Für **GR Molitor** ist nicht klar, ob es sich bei diesem Vorschlag tatsächlich um ein Konzept handelt. Bei der Beschaffung des Ford vor einiger Zeit wurde auch ausgesagt, dass dieser vielseitig einsetzbar ist. Sofern ein Bedarf besteht könne er sich gegen die Anschaffung nicht verwehren, er glaubt jedoch nicht, dass ein konkretes Konzept dahinter steckt.

**GR Baumeister** spricht seine Zustimmung aus, da Bedarf besteht. Es sei ärgerlich, dass 2016 nicht einer der beiden Traktoren behalten wurde, um damit bspw. Standardaufgaben auszuführen.

**GR Schuster** stellt klar, dass er und GR Anweiler damals das Fahrzeugkonzept nicht ausarbeiten durften, sondern lediglich ein Schrottfahrzeug auch zu Schrott erklären durften.

**BAL Leyk** teilt abschließend mit, dass man sich aktuell in der Prüfung befinde, wie der derzeitige Bestand ist und welche Mitarbeiter welche Fahrzeuge und Geräte bedienen dürfen.

**Der Verwaltungsausschuss fasst ohne weitere Aussprache folgenden einstimmigen Beschluss:**

**Der Verwaltungsausschuss beschließt die Ersatzbeschaffung eines Shibaura Minitraktors und die Einstellung der Maßnahme in den Haushalt.**

### **TOP 5.3 – Forst - Fahrzeugkonzept** **- Neuanschaffung eines Schleppers**

**BM Förster** führt aus, dass der Traktor der Forstrotte bereits 26 Jahre alt ist und ca. 11.000 Betriebsstunden abgeleistet hat. Dies entspreche ca. 90.000 km. Die vorhandene Seilwinde erhalte keinen TÜV mehr und darf deshalb auch nicht mehr verwendet werden. Für die Beschaffung eines neuen Schleppers habe eine Nachbarkommune 71.745 Euro zzgl. ca. 10.000 Euro für eine Seilwinde bezahlt. Das der Verwaltung aktuell vorliegende Angebot belaufe sich auf 80.000 Euro.

Laut Aussage der Forstmitarbeiter würde beim Verkauf des alten Schleppers ein Erlös von ca. 10.000 Euro möglich sein, so **KAL Einsele**.

**BM Förster** ergänzt, dass auch von der Altersstruktur der Forstmitarbeiter her ein Bedarf gegeben sei.

**GRätin Veits** teilt mit, dass der Traktor beim Waldbegang begutachtet wurde und damals schon keinen guten Eindruck mehr gemacht habe. Auch wenn für die Neuanschaffung viel Geld in die Hand genommen werden müsse, sei diese doch rentabel und auf eine lange Nutzungsdauer ausgerichtet, weshalb sie auch zustimmen werde.

**Der Verwaltungsausschuss fasst ohne weitere Aussprache folgenden einstimmigen Beschluss:**

**Der Verwaltungsausschuss beschließt die Neuanschaffung eines Schleppers für den Forst und nimmt die Maßnahme in den Haushalt auf.**

#### **TOP 5.4 – Ortsmitte III**

##### **- Erhöhungsantrag**

##### **- Stadtentwicklungskonzept**

##### **- Kanalbefahrung**

**BM Förster** führt aus, dass aktuell die Frage im Raum steht, ob ein Erhöhungsantrag gestellt werden soll. Durch Privatpersonen wurden aktuell rund 400.000 Euro abgerufen, durch die Gemeinde rund 150.000 Euro. Damit seien noch 950.000 Euro „im Topf“. Es seien erst 13 private Maßnahmen durchgeführt und abgewickelt worden. Auch seien noch Maßnahmen vonseiten der Gemeinde offen (z.B. Abriss K16). Auch die Neuerung des Oberbelags von Straßen sei förderfähig, erklärt **BM Förster**. Für den angesprochenen Erhöhungsantrag werde ein Gemeindeentwicklungskonzept benötigt. Der Zeitplan sei der Anlage 1 der Sitzungsvorlage beigelegt. Aktuell habe die Analyse und der Dialog zwischen Verwaltung, Gemeinderat und Bürgerschaft zu erfolgen. Für die Konzepterstellung liege das erste Angebot bei rund 45.000 Euro. Der Ansatz liege bei 20.000 Euro, sodass dieser für den Haushalt 2018 angepasst werden soll. Auch ein anderes Projekt sei durch das Land förderbar, teilt **BM Förster** weiter mit (Antragsfrist bis 07.05.2018), um z.B. Brachflächen zu ermitteln und Potenziale zu fördern. Die Kanalbefahrung solle auch für die „Ortsmitte III“ durchgeführt werden. In der kommenden Gemeinderatssitzung werde Herr Eiling die Befahrung vorstellen. Für die Kanalbefahrung sei ein Betrag in den Haushalt einzustellen. Die Gesamtbaukosten liegen bei 1,6 Mio. Euro. Hinzu kommen noch die Ingenieurskosten von 200.000 Euro. Man dürfe die Angelegenheit nicht auf die lange Bank schieben, damit tue man sich keinen Gefallen.

**GR Kettmann** spricht sich für die Erhöhung der Fördermittel aus. Auch die Schulwegsicherung sei förderbar. Ebenfalls werde der Erstellung eines Stadtentwicklungskonzeptes zugestimmt. Er erkundigt sich, ob im Rahmen der Innenentwicklung auch eine Entwicklung nach außen erlaubt ist.

**BM Förster** antwortet, dass es hierzu keine Vorgaben gebe, da es nur um die Brachflächenermittlung gehe.

**GRätin Veits** stimmt dem Erhöhungsantrag ebenfalls zu. Sie könne zustimmen, da sie sich auch für die Innerortsverdichtung ausspreche. Sie erkundigt sich, ob das Konzept zu 50% bezuschusst werden kann.

Dies wird durch **BM Förster** bestätigt.

Auch **GRätin Terboven** erteilt ihre Zustimmung, auch wenn die Kanalbefahrung sehr teuer sei. Sie sei auch immer für eine Nachverdichtung, um innerorts Wohnraum zu schaffen.

**BM Förster** merkt an, dass in der kommenden Sitzung auch eine Vorstellung über den Zustand der restlichen Kanäle erfolge.

Nach Ansicht von **GR Molitor** wurde die Förderung der „Ortsmitte III“ sehr gut angenommen, weshalb er selbstverständlich zustimmen werde. Sofern Eile geboten sei, solle die Angelegenheit bereits im April freigegeben werden. Er möchte in Erfahrung bringen, ob die Ergebnisse der alten Kanalbefahrungen noch verwertbar sind.

**BAL Leyk** führt aus, dass zuerst die Befahrung und dann die Auswertung und Umsetzung komme. Bisher habe es aber immer nur Befahrungen auf Schadensmeldungen hin gegeben. Auch mache es nur wenig Sinn eine teilweise Befahrung durchzuführen. Dies müsse im Gesamten geschehen.

**GR Molitor** findet die Erarbeitung eines Stadtentwicklungskonzeptes gut. Evtl. könne man in diesem die Schaffung eines Mehrgenerationenhauses mit aufgreifen.

**Der Verwaltungsausschuss fasst ohne weitere Aussprache folgenden einstimmigen Beschluss:**

**Der Verwaltungsausschuss stimmt zu, für das Gebiet „Ortsmitte III“ einen Erhöhungsantrag zu stellen und ein Stadtentwicklungskonzept zu erarbeiten. Zusätzlich solle eine Kanalbefahrung erfolgen. Die Maßnahmen werden in den Haushalt eingestellt.**

#### **TOP 5.5 – Sozialer Wohnungsbau** **- Sanierung Allming 6 und 8**

**BM Förster** führt aus, dass die beiden Gebäude Allming 6 und 8 im Eigentum der Gemeinde stehen und dringend sanierungsbedürftig sind. Es stelle sich jedoch die Frage, wie die Gemeinde mit dem Thema „sozialer Wohnungsbau“ umgehen soll. Dieser sei grundsätzlich sinnvoll und könne ggf. auch in Kooperation mit der KWG erfolgen. **BM Förster** schlägt vor hier evtl. eine externe Expertise durchzuführen und auch die Bevölkerung mit einzubeziehen. Man solle in die weiteren Sanierungsuntersuchungen eintreten, um eine Kostenermittlung durchführen zu können.

**BAL Leyk** ergänzt, dass dort nur ein Wohnen auf niedrigstem Niveau möglich sei. Der Rohbau, das Dach sowie die Fenster der Gebäude seien aber noch in Ordnung. Trotzdem seien die Wohnräume feucht und es sei schimmelig (Nutzerverhalten und Einzelöfen). Die Gebäude können saniert werden, ein Abriss sei nicht notwendig.

**GR Röser** stimmt zu und bittet darum, in den Haushalt auch die notwendigen Planungskosten einzustellen.

Auch **GRätin Veits** hält die Maßnahme für dringend notwendig. Das Heizen mit den vorhandenen Öfen sei nicht mehr tragbar. Sie stimme der Maßnahme zu, auch wenn diese wahrscheinlich nicht noch in diesem Jahr umgesetzt werden könne. So gebe man zumindest einmal die Richtung vor.

**BM Förster** teilt mit, dass die Angelegenheit bisher vernachlässigt bzw. nicht priorisiert wurde.



**GRätin Terboven** erkundigt sich nach der Höhe der Planungs- und Sanierungskosten.

**BM Förster** antwortet, dass die Planung aller Voraussicht nach durch das Bauamt erfolgen wird und hierfür ca. 10.000 Euro angesetzt werden können. Eine entsprechende Vorlage an den Gemeinderat werde erfolgen.

Weiter möchte **GRätin Terboven** in Erfahrung bringen ob es möglich ist, die Planungskosten im Haushalt 2018 und die Sanierungskosten im Haushalt 2019 zu veranschlagen.

Dies wird durch **BM Förster** bejaht.

Für **GR Molitor** ist es wichtig, dass dort nicht nur Einfachstwohnungen hergestellt werden, sondern auch Wohnraum für junge Familien. Dies wurde bereits durch die SPD-Fraktion angeregt (u.a. Erbbau, Mietzuschuss). Jedoch kommen für den Wohnraum für junge Familien die Gebäude Allming 6 und 8 nicht in Frage. Laut Koalitionsvertrag solle der soziale Wohnungsbau gefördert werden. Er werde der Thematik zustimmen.

**BM Förster** merkt an, dass deshalb auch eine Innenentwicklung durchgeführt werden solle.

**GR Molitor** erklärt, dass die Bürger in Nußloch hauptsächlich dringend 1- bis 2-Zimmerwohnungen zur Miete suchen.

Dies solle auch gefördert werden, da nicht jeder Eigentum erwerben will, so **BM Förster**.

**GR Baumeister** kann die Thematik nur unterstützen und befürworten. Er habe schon oftmals ausgesagt, dass der Instandhaltung von Gebäuden eine höhere Priorität beigemessen werden solle. Es dürfe nicht außer Acht gelassen werden, eine vernünftige Heizungsanlage einzubauen.

**Der Verwaltungsausschuss fasst ohne weitere Aussprache folgenden einstimmigen Beschluss (GR Molitor war bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal):**

**Der Verwaltungsausschuss beschließt die Sanierung der Gebäude Allming 6 und 8 und nimmt die Maßnahme in den Haushalt auf.**

### **TOP 5.6 – Sanierung Max-Berk-Straße**

Auch hier handle es sich um ein dringendes Thema, so **BM Förster**. Seit März 2018 parken die LKWs nun nicht mehr in der Straße, nachdem die Problematik mit der Firma geklärt wurde. Man wolle die Sanierung der Straße von den Weidhöfen her bis hin zum Lager als erstes angehen. Hier sei nicht so viel Aufwand nötig, da die Verschleißschicht nicht vorhanden ist.

**BAL Leyk** ergänzt, dass die Teilstrecke nicht ausgebaut wurde und die Verschleißschicht fehlt, weswegen die Tragschicht beschädigt wurde. Für die Herstellung seien 120 Euro/m<sup>2</sup> marktüblich.

**BM Förster** führt weiter aus, dass die Straße so nutzbar gemacht werden würde.

Auch der dortige Radweg sei nicht mehr verkehrssicher, teilt **GR Kettemann** mit. Da auch eine Gewerbegebietserweiterung im Raum stehe solle die Angelegenheit evtl. aufgeschoben werden bis diese erfolgt ist. **GR Kettemann** erkundigt sich bzgl. der Anteile der Anliegerbeiträge.

Nach dem Straßenbeitragsrecht wurde die Straße nicht fertiggestellt, erklärt **KAL Einsele**. Deshalb könnten theoretisch jetzt auch noch Kosten entstehen. Hier stehe noch eine Prüfung aus. Nicht alle Kosten hängen jedoch mit dem Verschleiß zusammen. Hier sei schon eine teilweise Abrechnung mit der KWG vor einigen Jahren erfolgt.

Für **GRätin Veits** ist es erschreckend, dass damals die Verschleißschicht nicht aufgebracht wurde. Dann wären die Sanierungskosten auch sicherlich nicht so hoch wie aktuell der Fall. Sie befürwortet den Vorschlag von **BM Förster** und stimmt der Maßnahme zu.

**BM Förster** geht davon aus, dass die Verschleißschicht nicht aufgebracht wurde, da zur damaligen Zeit mit einer Gebietserweiterung gerechnet wurde.

Auch **GRätin Terboven** spricht ihre Zustimmung aus. Evtl. können die Poller bei der Firma Leica entfernt werden, da es dort zu großen Parkproblemen komme.

Diese wurden aufgestellt, so **BM Förster**, damit die LKWs nicht mehr durch das Wohngebiet fahren. Man könne jedoch evtl. auch eine Begrenzung von der Höhe bzw. Breite her vornehmen.

Auch **GR Molitor** spricht seine Zustimmung aus.

**GR Baumeister** ist von der Durchführung der Maßnahme nicht begeistert, da Kosten von 540.000 Euro veranschlagt sind. Es sei auch nicht klar, wann der westliche Bereich saniert werden könne und auch die Hochwasserproblematik dürfe nicht außer Acht gelassen werden.

**BM Förster** antwortet, dass die Renaturierung des Leimbachs vorgenommen werde, damit es hier zu keinen Problemen mit Hochwasser mehr kommt (Maßnahmen durch das Regierungspräsidium).

**GR Baumeister** sieht den Gesamtzusammenhang mit der Gewerbegebietserweiterung. Dort gebe es auch keinen Fußweg was sehr gefährlich sei und nachgebessert werden müsse. Für ihn mache die Sanierung erst Sinn wenn man wisse, wie das gesamte Gebiet erschlossen werden soll. Man solle die Maßnahme deshalb schieben und nur das Nötigste veranlassen. Er sehe die Maßnahme skeptisch.

**BM Förster** merkt an, dass dort viele Schlaglöcher vorhanden und zahlreiche Personen unterwegs sind.

Nach Aussage von **GR Schuster** liegen die Felder ca. 1,5 bis 2 m unter der Straße. Er möchte in Erfahrung bringen, ob man dort nicht auch mit den Einlagerungen aus der Tongrube aufschütten könne.

Dies sei mit dem Wasserrechtsamt zu besprechen, so **BM Förster**.

**GRätin Veits** führt aus, dass die Poller bei der Firma Leica so gemacht wurden, dass die Traktoren trotzdem noch passieren können. Deshalb stelle die Höhen- und Breitenbegrenzung ein Problem dar.

Dies gelte auch für die Feuerwehr, so **BM Förster**. Er bedankt sich bei GRätin Veits für den Hinweis.

**GR Baumeister** findet den Vorschlag von GR Schuster gut, man solle aber keinen Vorgriff auf die künftige Bebauung machen. Evtl. könne die Sanierung in den zu erstellenden Bebauungsplan verpflichtend mit aufgenommen werden, um eine Geländemodellierung auf Straßenniveau zu bekommen.

Für **GR Schuster** geht es grundsätzlich darum, dass etwas passiert.

Um in ein Bebauungsplanverfahren zu kommen müsse ein erster Schritt getan werden (§78 II WHG; 9 Schritte: 1. Schritt, keine Alternative an anderer Stelle), teilt **BM Förster** mit. Dann dürfe an anderer Stelle keine Fläche mehr vorhanden sein. Das Wasserhaushaltsgesetz sei hier sehr restriktiv und eine hohe Hürde.

**GR Kettemann** geht es hauptsächlich um die Sanierung der Straße. Man solle deshalb den ersten Teil bereits jetzt, auch i.S. der Verkehrssicherheit, sanieren. Auch könne man den Vorschlag von GRätin Terboven mit aufnehmen, da der Verkehr sowieso umgeleitet werden müsse.

**BM Förster** teilt mit, dass dort zwischenzeitlich nicht mehr so viele LKWs fahren wie bisher. Die Leimbachrenaturierung dauere noch ca. sechs bis sieben Jahre. Es sei nur die Frage, ob man die Straße der Bevölkerung bzw. den Nutzern noch sechs bis sieben Jahre in diesem Zustand zumuten kann.

**GRätin Veits** schlägt vor, die Angelegenheit in den Haushalt 2019 mit aufzunehmen, um bei den Planungen etwas weiter voran zu kommen. Dann könne die Maßnahme vielleicht auch ganzheitlicher gesehen werden.

**BM Förster** stellt klar, dass die Löcher zur Verkehrssicherung „geflickt“ werden müssen. Für mehr bzw. viel Geld hingegen erhalte man eine fertige und funktionierende Straße.

**Der Verwaltungsausschuss fasst ohne weitere Aussprache bei 8 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen (Anweiler, Baumeister, Leypold, Röser, Schulze) folgenden Beschluss:**

**Der Verwaltungsausschuss beschließt die Sanierung des hinteren Teils der Max-Berk-Straße. Die Kosten von rund 350.000 Euro werden in den Haushalt eingestellt.**

## TOP 6 – Sonstiges

### TOP 6.1 - Gratulation

**BM Förster** gratuliert GR Kettemann nachträglich zu seinem Geburtstag und spricht die herzlichsten Glückwünsche der Verwaltung sowie des Gemeinderates aus.

**Der Verwaltungsausschuss nimmt Kenntnis.**

### TOP 6.2 - EU-Förderung von Wifi-Netzen

**GR Baumeister** weist auf ein EU-Förderprogramm für Wifi-Netze hin. Hierfür können Anträge gestellt werden für Maßnahmen bis max. 15.000 Euro. Er bittet um Prüfung, ab wann die Anträge gestellt werden können und welche Förderungen möglich sind. Evtl. könnten so Bücherei und Olympiahalle damit ausgestattet werden.

**BM Förster** teilt mit, dass man sich schon seit zwei Monaten in der Prüfung befinde und der Gemeinderat zeitnah informiert werde.

**Der Verwaltungsausschuss nimmt Kenntnis.**

- Ende des öffentlichen Sitzungsteils um 20:46 -